

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **16.10.2018** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1,

18.WP/A-WALV/018

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:47 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:46 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 19:07 Uhr

Anwesend: Vorsitzender

Plaß, Barthold

stellv. Vorsitzender

Kaever, Volkhard, Dr.

Mitglied/Mitglieder

Apel, Robert
Dralle, Karl-Heinz
Frick, Anne
Lentz, Stefan
Meyer, Andreas
Morich, Hans-Dieter

Beratende/s Mitglied/er

Arand, René
Meyer, Karl-Heinz

Gast/Gäste

Zacharias, Lothar zu TOP 3.1

Verwaltung

Baxmann, Alfred
Brinkmann, Jan-Hinrich bis TOP 3
Herbst, Rainer
Piel, Anja
Scholz, André
Vollmert, Claudia bis TOP 3.1

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 13.09.2018

3. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 3.1. Mitteilung: Verkehrsplanung Berliner Ring und Kreuzung Immenser Landstraße/Berliner Ring/Ostlandring
Bezug: Vorlagen 2017 0163, 2017 0381
Bericht von Herrn Zacharias (Zacharias Verkehrsplanung)
Vorlage: M 2018 0700
 - 3.2. Finanzierung von straßenbaulichen Maßnahmen - Diskussion zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge
Bezugsvorlagen: M 2018 0501; A 2018 0654
Vorlage: M 2018 0501/1
 - 3.3. Befestigung von Seitenraum für Stellplätze im Wasserwerksweg - Werkvertrag
Vorlage: M 2018 0712
 - 3.4. Sicherung des Schulweges durch Errichtung einer Bedarfsampel an der Bushaltestelle Hülptingsen Mitte - Stellungnahme Fachaufsicht zur Ausnahmeregelung RiLSA
Vorlage: M 2018 0531/5
4. Unterstützung des VVV bei der Entwicklung zukunftsfähiger Strukturen
Vorlage: 2017 0401/2
5. Antrag des Ortsrats Schillerslage auf Stellung einer zusätzlichen Leuchte im Bereich der Querung zur Auffahrt auf die B443 /Schillerslager Landstraße
Vorlage: A 2018 0679
6. Antrag der AfD Fraktion Burgdorf auf Prüfung zur Durchsetzung eines Parkverbotes auf der Hochbrücke
Vorlage: A 2018 0694
7. Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf für die Errichtung von Fahrradständern auf der östlichen Seite des Schützenplatzes/Wochenmarktes
Vorlage: A 2018 0699
8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
 - 8.1. Verkehrsuntersuchung Bauprojekt "Aue-Süd" am Ostlandring - Anfrage der CDU/FDP-Gruppe vom 19.09.2018
Vorlage: F 2018 0711
9. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Plaß**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 13.09.2018

Beschluss:

Das Protokoll zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am **13.09.2018** wird mit 8 Ja-Stimmen einstimmig genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

1. **Herr Brinkmann** berichtet zum aktuellen Sachstand hinsichtlich der im Dialogforum Schiene-Nord entwickelten Alpha-Variante. Die Ausgangssituation für die derzeitigen Diskussionen sah als Ausgleich für die zusätzlichen Belastungen durch den Schienenverkehr über die vorhandenen zwei Gleise die Erfüllung von acht Bedingungen (u. a. zusätzlicher Lärmschutz, bessere ÖPNV-Verbindungen) vor. Dabei wurde davon ausgegangen, dass der Schienenverkehr über drei Achsen geführt wird und die Belastungen sich dadurch mehr verteilen.

Zum Ende des Jahres soll nunmehr eine neue Prognose vorgelegt werden. Derzeit besteht die Befürchtung einer Zunahme aller Verkehre, wodurch die Verlegung eines dritten oder vierten Gleisstranges, insbesondere im Bereich Hamburg/Asshausen – Uelzen – Celle erforderlich werden könnte. Weiterführend würden diese zusätzlichen Verkehre möglicherweise über Burgdorf nach Lehrte geleitet. Derzeit wird durch **Herrn Brinkmann** eine Info-Vorlage erstellt und ca. Mitte November den politischen Gremien zur Kenntnis gegeben.

Herr Baxmann hatte Hr. Brinkmann gebeten, die aktuellen Infos bekannt zu geben. Er habe aber Signale aus der Landespolitik, dass diese Variante keine Grundlage für weitere Dialoge sein kann. **Herr Brinkmann** ergänzt, dass die Beteiligten in diesem Fall ihre Mitarbeit beenden würden.

Herr Plaß dankt für die Ausführungen und betont, dass er es für sehr wichtig hält, dass diese Informationen frühzeitig weitergegeben werden. Diese Einschätzung wird von **Herrn K.-H. Meyer** geteilt und er bittet darum, die weiteren Entwicklungen auch weiterhin frühzeitig mitzuteilen. **Herr Morich** betont die Wichtigkeit einer Lösung der Bahnübergangsproblematik und empfiehlt den Bau einer Unterführung in Ehlershausen.

Auf die Nachfrage von **Herrn Apel**, wie diese Szenarien entstehen können, erläutert **Herr Brinkmann**, dass für den ÖPNV ein erheblicher Mehrbedarf angemeldet wurde. Dieser Mehrbedarf wird ab 2033 prognostiziert. Ein viertes Gleis würde die Strecke attraktiv machen, da Güterzüge die schnellen Personenzüge derzeit behindern. Oberstes Ziel sei jedoch, die Verkehre zu

verteilen und nicht zu bündeln.

Herr Baxmann hält es grundsätzlich für wünschenswert, zur Entlastung der Straßen den Güter- und Personenverkehr auch auf die Gleise zu lenken. Dabei ist jedoch auch eine Verteilung der Lasten zu beachten.

3.1. Mitteilung: Verkehrsplanung Berliner Ring und Kreuzung Immenser Landstraße/Berliner Ring/Ostlandring
Bezug: Vorlagen 2017 0163, 2017 0381
Bericht von Herrn Zacharias (Zacharias Verkehrsplanung)
Vorlage: M 2018 0700

Frau Vollmert begrüßt den mit der Erstellung des Verkehrsgutachtens für die Südstadt beauftragten Verkehrsplaner **Herrn Zacharias** und erläutert noch einmal kurz die derzeitige Situation.

Herr Zacharias führt aus, dass er in seinen Gutachten die Verkehrssituation nach einem Neubau der Gudrun-Pausewang-Grundschule (GPGS) sowie die Verkehrsströme im Bereich des Knotenpunktes Immenser Landstraße / Berliner Ring / Ostlandring untersucht habe.

Bei der Vorstellung seines der Vorlage als Anlage 1 beigefügten Gutachtens zeigt er die durch den Hol- und Bringverkehr entstehenden Konflikte in der Grünwaldstraße auf und schlägt als Variante einen zweiten Eingang am Rubensplatz vor, um die Verkehre zu verteilen.

Des Weiteren weist er auf die in dem als Anlage 2 beigefügten Gutachten aufgeführten Probleme bei einem Umbau der Kreuzung zum Kreisverkehrplatz insbesondere im nördlichen Ast der Immenser Landstraße hin.

Herr Plaß bedankt sich für den Vortrag. Er vermisst jedoch konkrete Lösungsvorschläge, um den Kreuzungsbereich zu entlasten. **Frau Vollmert** weist auf die in der Anlage 3 beigefügte Konzeption der Linksabbiegespuren im Bereich des Berliner Rings sowie des Ostlandrings hin. Die Detailplanung der Abbiegespuren soll erfolgen, wenn das Gelände der GPGS neu überplant wird.

Herr Morich lobt den ausführlichen Vortrag und berichtet, dass an ihn immer wieder der ausdrückliche Wunsch eines Kreisverkehrplatzes hergetragen wird.

Herr Dr. Kaefer zieht eine andere Schlußfolgerung. Aus seiner Sicht würde ein Kreisverkehrplatz lediglich in der Spitze von einer $\frac{1}{4}$ - $\frac{1}{2}$ Stunde problematisch sein. Mehr als 23 Stunden am Tag würde der Verkehr jedoch spürbar entlastet. Die WGS sieht bei fortschreitenden Neubaugebieten die dringende Notwendigkeit einer Tangente.

Herr Herbst weist darauf hin, dass der Umbau der Kreuzung und des Berliner Rings hohe Kosten verursacht. Er sieht Risiken, wenn es zu Umplanungen der GPGS oder zu Neuplanungen auf dem Gelände der GPGS kommt. Ggfs. wird dann eine Umgestaltung des Berliner Rings oder auch des Kreuzungsbereichs erforderlich. Des Weiteren sollte nicht außer acht gelassen

werden, dass GVFG-Fördermittel vom Land nur dann bewilligt werden, wenn die bauliche Maßnahme eine spürbare Verbesserung bewirkt.

Auf die Frage, ob ein Kreisverkehrsplatz mit einer Lichtsignalanlage im Nordarm die Lösung sein könnte, erwidert **Herr Zacharias**, dass es sich dabei um eine komplizierte Variante handelt, die nicht dem Stand der Technik entspricht. Er kenne Kreisverkehrsplätze mit Lichtsignalanlagen lediglich aus Städten wie Hannover mit einer entsprechenden Größe, z. B. dem Weidetorkreisel. Dabei besteht auch die Gefahr, wenn lediglich der Nordarm mit einer Lichtsignalanlage ausgestattet würde, dass die Fußgänger und Radfahrer die Straße dann an anderer Stelle überqueren.

Herr Dr. Kaever sieht die Problematik eines Kreisverkehrsplatzes. Er befürchtet jedoch, dass die Linksabbiegespuren nicht ausreichen, um eine spürbare Entlastung herbeizuführen.

Auf die Frage von **Herrn Plaß** nach der künftigen Planung der Verkehre, erwidert **Herr Baxmann**, dass der Entwurf der Bebauungsplanänderung für das „Fünfviertel (GPGS)“ demnächst vorgestellt werden soll. Auch er würde einen Kreisverkehrsplatz favorisieren, jedoch nur dann, wenn dieser tatsächlich eine Entlastung darstellt. Derzeit sieht er keine andere Möglichkeit als die Linksabbiegespuren.

Weiterhin weist **Herr Baxmann** darauf hin, dass die Planungen für den Neubau der Gudrun-Pausewang-Schule mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen wird und zunächst eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzunehmen ist. Eine neue Schule wird frühestens in fünf Jahren bezugsfertig sein.

Herr Arand wirft die Frage auf, ob eine Straße von der Steinwedeler Straße zur Scharlemannstraße oder Gruppenstraße eine Entlastung bringen würde und bemerkt, dass diese Straße später auch als Zubringer zu einer Tangente genutzt werden könnte. **Herr Zacharias** erläutert, dass diese Variante zwar eine Entlastung für den Berliner Ring darstellen könnte, jedoch nicht hinsichtlich der Problematik am nördlichen Ast eines Kreisverkehrsplatzes. Weiterhin sollte dann perspektivisch berücksichtigt werden, dass diese Straße ausreichend dimensioniert und nicht nur als Parkplatzzufahrt hergestellt wird.

Frau Frick weist daraufhin, dass die Zahlen hinsichtlich der Anfahrtswege in der Berufsschule abgefragt wurden und fragt, ob diese der Verwaltung bekannt sind. **Frau Vollmert** erwidert, dass die Zahlen der Verwaltung vorliegen. Aus dem Bereich sind nur geringe Verkehre zu erwarten. Die Zahlen werden über das Protokoll weitergegeben.

Herr Morich prognostiziert eine weitere Zunahme des Verkehrs, wenn der Investor am Ostlandring sein Projekt umgesetzt habe.

Auf Nachfrage von **Herrn Arand**, ob eine ggf. temporäre Sperrung der Grünwaldstraße, z. B. von 7:00 – 9:00 Uhr, für den Kfz-Verkehr eine Entlastung herbeiführen könnte, erwidert **Herr Zacharias**, dass dann an anderen Stellen Parkdruck entstehen würde. Des Weiteren sind temporäre Sperrungen nur sehr schwierig durchzusetzen. **Herr Baxmann** ergänzt, dass die Probleme bei einer Sperrung nur verlagert werden und weist auf die vielen Anwohner sowie die Nutzung der Sporthalle in der Grünwaldstraße hin.

Herr Herbst schlägt vor, die Planungen erst nach Konkretisierung der Vorstellungen zur Bebauung des Grundstücks der GPGS zu vertiefen und im

Vorfeld die Frage zu klären, ob eine Signalisierung eines möglicherweise zu realisierenden Kreisverkehrsplatzes ggfs. zielführend sein kann.

3.2. Finanzierung von straßenbaulichen Maßnahmen - Diskussion zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge
Bezugsvorlagen: M 2018 0501; A 2018 0654
Vorlage: M 2018 0501/1

Herr Baxmann erläutert, dass Straßenausbaumaßnahmen nicht weiter aufgeschoben werden können und weist darauf hin, dass am 15. Januar 2019 eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr sowie Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten stattfindet, in der die Refinanzierung der straßenbaulichen Maßnahmen thematisiert wird. Die Sitzung soll auch eine öffentliche Informationsveranstaltung sein. Nach seiner Einschätzung hat das Land kein Interesse daran, die Kommunen finanziell bei Straßenbaumaßnahmen zu unterstützen. **Herr Plaß** führt aus, dass nach der Sitzung im Januar über das weitere Verfahren zu diskutieren und entscheiden sei.

3.3. Befestigung von Seitenraum für Stellplätze im Wasserwerksweg - Werkvertrag
Vorlage: M 2018 0712

Ergänzende Fragen zu der Vorlage werden nicht gestellt.

3.4. Sicherung des Schulweges durch Errichtung einer Bedarfsampel an der Bushaltestelle Hülptingsen Mitte - Stellungnahme Fachaufsicht zur Ausnahmeregelung RiLSA
Vorlage: M 2018 0531/5

Herr Apel zeigt sich über die Antwort der Aufsichtsbehörde nicht überrascht. Die Aussage der Region hinsichtlich der Wertigkeit der RiLSA ist nach seiner Auffassung nicht zutreffend. Weiterhin erkundigt er sich nach der Entscheidung des Schulvorstandes wegen eines Lotsendienstes. **Herr Herbst** sagt einen aktuellen Sachstand über das Protokoll zu, da er bisher keine Rückmeldung von der Fachabteilung erhalten habe.

Nach einer lebhaften Diskussion, in der die Rechtmäßigkeit der Entscheidung gegen eine Lichtsignalanlage durch **Herrn Apel** und **Herrn Plaß** infrage gestellt wird, schlägt **Herr Arand** vor, zunächst die Entscheidung des Schulvorstandes hinsichtlich des Lotsendienstes abzuwarten. Der politische Wille sei erkennbar. Er befürworte jedoch, vor weiteren Schritten zunächst die aktuellen Zahlen und die Entscheidung des Schulvorstandes abzuwarten.

Nachrichtlich über Protokoll:

Am 07.11.2018 findet die nächste Sitzung des Schulvorstandes der Grundschule Burgdorf statt. Auf der Sitzung wird die Thematik Schulweglotsen

behandelt.

**4. Unterstützung des VVV bei der Entwicklung zukunftsfähiger Strukturen
Vorlage: 2017 0401/2**

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr fassen **einstimmig** folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Ratsbeschluss vom 14.02.2017 wird wie folgt ergänzt:

9. Alternativ kann anstelle einer Vollzeitkraft die Besetzung auch durch zwei Teilzeitkräfte erfolgen. Deren addierte Arbeitszeiten müssen mindestens der Arbeitszeit einer Vollzeitkraft im Sinne des TVÖD VKA entsprechen. Voraussetzung für die Auszahlung des vollen Zuschusses ist in diesem Fall ferner, dass für beide Kräfte addiert mindestens 50.000 €/Jahr (Arbeitgeberbrutto) aufzuwenden sind. Bei geringeren Aufwendungen bzw. bei vorübergehender Beschäftigung nur einer Kraft verringert sich der Zuschuss entsprechend. Die übrigen vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend.

**5. Antrag des Orsrats Schillerslage auf Stellung einer zusätzlichen Leuchte im Bereich der Querung zur Auffahrt auf die B443 /Schillerslager Landstraße
Vorlage: A 2018 0679**

Herr Plaß teilt mit, dass an der betroffenen Leuchte aktuell Veränderungen vorgenommen wurden. Der Mastausleger wurde um rd. 1,50 m verlängert. Die Mitglieder des Orsrats Schillerslage werden bei Dunkelheit prüfen, ob durch diese Maßnahme eine Verbesserung für die gegenüberliegende Seite erzielt wird.

Der Antrag wird in den Orsrat Schillerslage verwiesen.

**6. Antrag der AfD Fraktion Burgdorf auf Prüfung zur Durchsetzung eines Parkverbotes auf der Hochbrücke
Vorlage: A 2018 0694**

Herr Lentz begründet seinen Antrag und legt seine Überlegungen hinsichtlich einer Verlängerung der Lebensdauer der Hochbrücke dar. Insbesondere an stark frequentierten Tagen wie Oktobermarkt oder verkaufsoffenen Sonntagen sei die Brücke sehr stark belastet.

Herr Andreas Meyer erwidert, dass die Brücke vierspurig als Bundesstraße

gebaut und darauf ausgelegt wurde, dass sie mit Schwerlastverkehr befahren werden kann. Wenn davon ausgegangen wird, dass 35 schwere PKW's mit einem Gesamtgewicht von rd. 70 to auf der Brücke parken, so ist die Belastung immer noch sehr viel geringer, als wenn mehrere Lastzüge die Brücke überqueren. Des Weiteren sei der ruhende Verkehr unproblematisch. Bei einer Aufhebung des Parkstreifens würde sich der Parkdruck in der Innenstadt erheblich verstärken. **Herr Dr. Kaefer** teilt diese Einschätzung.

Herr Herbst stimmt den Ausführungen von Herrn Meyer zu und ergänzt, dass lediglich dynamische Belastungen maßgeblich zur statischen Beanspruchung der Brücke beitragen. Da die Brücke nur noch zweispurig befahren werden kann und der Schwerlastverkehr erheblich reduziert wurde, sind die Belastungen für die Brücke geringer geworden. Problematisch wird es, wenn Risse in der Brückenkonstruktion festgestellt werden. Aus diesem Grund sei es erforderlich, dass bereits zum jetzigen Zeitpunkt Planungen aufgenommen werden, wie die Brücke künftig aussehen soll.

Herr Morich betont, dass die Parkplätze sehr gern, insbesondere von den Arbeitnehmern, angenommen werden, da sie kostenlos und zeitlich nicht begrenzt sind.

Herr Lentz führt aus, dass er nicht dem Einzelhandel die Parkmöglichkeiten nehmen wolle. Er wolle lediglich eine Variante zu einer möglichen Verlängerung der Nutzungsdauer der Brücke aufzeigen.

Beschluss:

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr lehnen den Antrag auf Prüfung zur Durchsetzung eines Parkverbots auf der Hochbrücke mit 7 Nein-Stimmen und 1 Ja-Stimme mehrheitlich ab.

7. Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf für die Errichtung von Fahrradständern auf der östlichen Seite des Schützenplatzes/Wochenmarktes Vorlage: A 2018 0699

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr stimmen einstimmig dem Antrag für die Errichtung von Fahrradständern auf der östlichen Seite des Schützenplatzes/Wochenmarktes zu.

8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

8.1. Verkehrsuntersuchung Bauprojekt "Aue-Süd" am Ostlandring - Anfrage der CDU/FDP-Gruppe vom 19.09.2018 Vorlage: F 2018 0711

Es werden keine ergänzenden Fragen zu der Anfrage gestellt.

9. Anregungen an die Verwaltung

1. Herr Plaß erkundigt sich, welche Schlüsse die Verwaltung hinsichtlich der Auswirkungen auf die Innenstadt auf die Planungen des Bauprojektes „Aue Süd“ zieht. **Herr Baxmann** führt aus, dass derzeit keine weiteren Planungen bestehen. Eine Bebauung des Schützenplatzes als zentraler Großparkplatz und Veranstaltungsort ist für ihn keine Option. Die Innenstadtbelebung ist Aufgabe des Stadtmarketing Burgdorf. Es wäre wünschenswert, wenn sich der AKEB hier beteiligt. **Herr Dr. Kaefer** ergänzt, dass in der nächsten Sitzung am 01.11.2018 über die Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts beraten wird und in dieser Sitzung thematisiert werden kann.

Einwohnerfragestunde

Ein **Anwohner des Berliner Rings** berichtet über die dortige Parkplatzsituation. Insbesondere während des Stoßbetriebes morgens sowie um 13:00 Uhr und 15:00 Uhr herrscht großer Parkdruck durch den Hol- und Bringverkehr. Da viele Häuser am Berliner Ring über keine Stellplätze verfügen, bittet er darum, bei der Gesamtbetrachtung auch die Parkplatzproblematik zu prüfen.

Ein **Anwohner der Immenser Straße** wirft die Frage auf, ob nach dem Umbau der Immenser Straße diese als Tempo-30-Zone ausgewiesen werden kann. Tagsüber wird die Straße durch die vielen Staus auf der A2 sehr stark befahren. Insbesondere der Schwerlastverkehr habe sich verstärkt. Außerdem wird abends und nachts sehr schnell gefahren. Er habe die Polizei auf die Problematik hingewiesen und um Geschwindigkeitsmessungen gebeten. Dort erhielt er die Auskunft, dass es sich um keinen Unfallschwerpunkt handelt und daher keine Messungen durchgeführt werden.

Herr Herbst erläutert, dass die Stadt keinen Einfluss auf die Kontrollen der Polizei habe. Der Fokus liegt hier bei Sicherheitskontrollen an Unfallschwerpunkten. Eine Ausweisung als Tempo-30-Zone könne nach dem Ausbau der Immenser Straße durch die Straßenverkehrsbehörde geprüft werden. Zumindest in den Nachtstunden könne evtl. eine Geschwindigkeitsbeschränkung aufgrund der Lärmbelastung infrage kommen.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin